

Gebauer: Wahlmöglichkeit für Inklusion sichern

Die FDP unterstützt die Inklusion und will gleichzeitig Wahlmöglichkeiten für Eltern sichern. Die gegenwärtige Schließungswelle von Förderschulen muss daher gestoppt werden. Diese führt vor allem im ländlichen Raum zu längeren Anfahrtswegen. Zusätzlich hat Rot-Grün die Schüler-Lehrer-Relation in einigen Förderschwerpunkten verschlechtert. Auch an allgemeinen Schulen fehlen z.B. Sonderpädagogen und multiprofessionelle Unterstützung. Die Landesregierung soll ein Konzept entwickeln, um für Eltern langfristig verlässliche Wahlmöglichkeiten zwischen qualitativ hochwertigen Angeboten an allgemeinen Schulen und Förderschulen zu schaffen.

→ [FDP-Antrag: Schließungswelle von Förderschulen stoppen](#)

Wohnortnahes Schulangebot erhalten

Für Familien ist ein möglichst wohnortnahes Schulangebot ein unverzichtbares Gut. Aufgrund rückläufiger Schülerzahlen stehen insbesondere weiterführende Schulangebote in vielen Kommunen zur Disposition. Das liegt auch an der Fortführungsgröße weiterführender Schulen, die im Vergleich zu anderen Bundesländern hoch ist. Die FDP-Fraktion möchte die Chancen zur Sicherung eines vielfältigen Schulangebots in den Kommunen stärken und setzt sich daher für eine gleichberechtigte Absenkung der Fortführungsgrößen für alle weiterführenden Schulen ein.

→ [FDP-Antrag: Fortführungsgrößen für Schulen absenken](#)



Weitere Initiativen der FDP-Landtagsfraktion

Frauenquote: Viele Beamten und Tarifbeschäftigte in Nordrhein-Westfalen müssen auf eine Beförderung warten, seitdem die Landesregierung per Gesetz den Frauenanteil in Führungspositionen der Landesverwaltungen erhöhen will. Die FDP will das Gesetz mittels Normenkontrollverfahren überprüfen lassen.

→ [FDP-Antrag: Keinen Landesbeamten zurücklassen – Frauenquote überprüfen](#)

Unterhaltungsvorschuss: Bund und Länder haben das Unterhaltungsvorschussgesetz für Alleinerziehende überarbeitet. Die FDP fordert die Landesregierung auf, die Kommunen finanziell zu entlasten und sich für eine bessere Ausgestaltung sowie Beseitigung der Doppelbürokratie einzusetzen.

→ [FDP-Antrag: Doppelbürokratie bei Unterhaltungsvorschuss beseitigen](#)

Kritik an Hygiene-Ampel: Aus Sicht der FDP führt das neue Verbraucherschutzgesetz zur Täuschung der Verbraucher und zu mehr Bürokratie. Wir wollen stattdessen die Einführung eines verbindlichen Sachkundenachweises in der Art eines „Hygiene-Führerscheins“ vorantreiben sowie Ausbildung und Hygienebewusstsein stärken.

→ [FDP/CDU-Entschließungsantrag: Hygiene-Ampel bereits vor Einführung gescheitert](#)

→ [Höne: Rot-Grüne Verbrauchertäuschung jetzt amtlich](#)

Stamp: Landesregierung bei Ditib gefordert

Landtag debattiert auf Antrag der FDP: Die Freien Demokraten fordern die Landesregierung auf, die bisherige Zusammenarbeit mit dem Islamverband Ditib zu beenden. Mindestens 13 Imame des Islamverbandes Ditib sollen angebliche Anhänger der Gülen-Bewegung aus Nordrhein-Westfalen der staatlichen türkischen Religionsbehörde Diyanet gemeldet haben. Laut Verfassungsschutz NRW seien Namen von 33 bespitzelten Personen und elf Institutionen aus dem Bildungsbereich geliefert worden, darunter fünf Lehrer. Verwandte der Betroffenen wurden laut Medienberichten vom türkischen Geheimdienst befragt. Auch weitere Vorfälle zeigen, dass es sich dabei offenbar um ein strukturiertes Vorgehen handelt. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Sprecher für Integration Dr. Joachim Stamp sagt: „Wer denunziert, spioniert, trickst und täuscht, kann nicht einen Tag länger Partner sein.“ Betroffen davon sind sowohl die Kooperation beim islamischen Religionsunterricht als auch die Gefangenenseelsorge und erst Recht der Kampf gegen Salafisten. Stamp fordert einen Neuanfang: „Gerade die Ditib-Gemeinden vor Ort, die seit Jahren wichtige Arbeit leisten, sind enttäuscht über die Situation. Es ist Aufgabe der Landesregierung, ein Konzept vorzulegen, wie durch eine vollständige Umstrukturierung zukünftig Zusammenarbeit möglich ist.“

→ [Aktuelle Stunde: Fehlendes Konzept der Landesregierung zu Ditib](#)

→ [Landesregierung muss benennen, wie es mit Ditib weitergehen soll](#)

Besonders junge Familien mit mittlerem und geringem Einkommen haben es immer schwerer, Eigentum zu bilden und in die eigenen vier Wände zu ziehen. NRW hat die Grunderwerbsteuer massiv erhöht, Reformbedarf ist dringend notwendig. „Es ist inakzeptabel, jungen Familien mit einer Art Strafsteuer den Erwerb einer selbst genutzten Wohnimmobilie zu erschweren. Eigentum ist auch ein Stück Freiheit – davon wollen wir lieber mehr als weniger“, sagt Christian Lindner, Vorsitzender der FDP-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen. Die FDP will gegensteuern und hatte ein Gutachten vergeblich, in dem verschiedene Modelle zur Reform der Grunderwerbssteuer verglichen wurden. Den stärksten Effekt bewirkt ein Freibetrag: Beim Kauf einer ersten selbst genutzten Immobilie sollen Käufer demnach bis zu einem Kaufpreis von 500.000 Euro keine Grunderwerbsteuer mehr zahlen. Bei einem Kaufpreis von 400.000 Euro würde in NRW eine Entlastung von 26.000 Euro erreicht.

→ [Weitere Informationen zum Thema Grunderwerbssteuerfreibetrag](#)

Untersuchungsausschuss zum Fall Amri

Zur Aufklärung des schrecklichen Attentats in Berlin und des Behördenversagens im Fall Amri hat der Landtag NRW auf Druck der Opposition einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss beschlossen. Der Ausschuss soll mögliche Versäumnisse, Unterlassungen, Fehleinschätzungen und etwaiges Fehlverhalten der Landesregierung sowie weiterer Behörden in NRW untersuchen. Bis zum Ende der Legislaturperiode sollen zügig Beweise gesichert und Unterlagen gesichtet werden. FDP-Fraktionsvize Dr. Joachim Stamp betont: „Wir sind skeptisch, dass der Untersuchungsausschuss noch in dieser Legislatur genügend Ergebnisse bringt. Aber die Verweigerungshaltung des Innenministers lässt uns keine andere Wahl, es wenigstens zu versuchen.“

→ [FDP/CDU/Piraten-Antrag: Parlamentarischer Untersuchungsausschuss Fall Amri](#)

→ [Stamp: Umfassende Aufklärung mittels Parlament](#)